

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie in sonstigen in-
ländischen Bezirken RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preise freiblei-
hend. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Bewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zahlung oder auf Rückzahlung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Waldgebetenen jederzeit entgegen.
Gesamtpreis Nr. 4.
Druckort Nr. 24 bei der Oberamts-
Cassafabrik Neuenburg.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
den Raum 25 Sp., Restzeitung
20 Sp., Restzeitung 100 Pro.
Zuschlag, Offert und Anzeigen-
erteilung 20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Wagnersverkehrs häufig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ver-
einbarung erfolgt. Bei Verbin-
dungen treten sofort alle weiteren
Vereinbarungen außer Kraft.
Verbindungen für beide Teile in
Neuenburg, für restl. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Ersteinst täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Diefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Diefinger in Neuenburg.

Nr. 31

Montag den 8. Februar 1932

90. Jahrgang

Putzsch im Memelgebiet

Königsberg, 6. Febr. Die hier umlaufenden Gerüchte über einen großlitauischen Putzsch im Memelgebiet bestätigen sich. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ meldet, daß der Gouverneur des Memelgebietes, Merlys, unter kräftiger Begleitung des Memelstatuts einen großlitauischen Landesrat gebildet hat, nachdem er das bisherige Direktorium abgelöst hatte.

Ueber die Einzelheiten dieses „litauischen Putzsches“ wird berichtet: Heute wurde der Präsident des Direktoriums, Böttcher, durch zwei litauische Offiziere in ein Automobil gebracht, das dann mit unbekannt gebliebenem Ziel davon fuhr. Der Gouverneur Merlys war heute aus Romno zurückgekommen. Er erschien im Landesdirektorium, nachdem er erklärt hatte, daß die von ihm ergriffenen Maßnahmen auf Veranlassung der litauischen Zentralregierung durchgeführt werden. Auf dem Landesdirektorium verlangte er von einem der anwesenden Direktoren, dieser solle die Führung der Geschäfte übernehmen, was aber von dem betreffenden Direktor abgelehnt wurde. Daraufhin hat der Gouverneur einen provisorischen großlitauischen Landesrat eingesetzt. Der Gouverneur hat die Amtsräume des Präsidenten Böttcher versiegeln lassen; die Telefonverbindungen mit Landtag, Magistrat und Gericht sind gesperrt. Von Königsberg aus wurden die Telefone zum Generalkonsul in Memel und zur Landespolizei als gesperrt gemeldet. In Memel soll eine außerordentlich gespannte Atmosphäre herrschen. Nach den letzten Meldungen soll Präsident Böttcher in die litauische Kaserne geschafft worden sein.

Der Verlauf des Staatsstreiks im Memelgebiet

Königsberg, 7. Febr. Ueber die Ereignisse in Memel geht von unterrichteter Seite nach folgende Schilderung zu: Am Samstag vormittag wurde Landesdirektor Slegand zum Gouverneur bestellt, der sofort von einer Dienstreife aus

Romno zurückgekehrt war. Der Gouverneur fragte ihn, ob er den Posten des Landespräsidenten übernehmen würde. Slegand lehnte die Übernahme ab. Darauf bestellte der Gouverneur den Landespräsidenten Böttcher und forderte ihn im Auftrag der Zentralregierung auf, zurückzutreten. Böttcher lehnte das ab. Er wurde darauf durch 2 Offiziere verhaftet und in die Kaserne gebracht, in der man ihn noch festhält. Der Gouverneur begab sich sodann zum Direktorium und gab dort bekannt, daß er Landespräsident Böttcher abgelöst habe. Bis zur Ernennung eines anderen Landespräsidenten werde Landesrat Slegand die Geschäfte des Präsidenten führen. Slegand übernahm dann die Geschäfte. Der Fernsprechverkehr wird streng überwacht.

Deutschland beantragt außerordentliche Ratssitzung über die Memelfrage

Genf, 7. Febr. Deutschland betrachtet, wie verlautet, die Verletzung des Memelstatuts als eine außerordentlich ernste Angelegenheit und wird ihre Behandlung durch eine außerordentliche Sitzung des Rates beantragen. Die deutsche Delegation wird dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine Note über die Memelfrage einreichen, die morgen veröffentlicht werden wird. In der Sitzung des Völkerbundesrates, die sich mit der Memelfrage befaßt, wird Reichskanzler Dr. Brüning, wenn es seine Reichsdispositionen gestatten, Deutschland vertreten.

Böttcher haften lassen

Romno, 7. Febr. Die litauische Regierung erklärt in einer Bekanntmachung über die Vorgänge in Memel, daß Litauen hierzu vorher die Zustimmung der Garantemächte erhalten habe (?). Weiter heißt es, Böttchers Absetzung sei gerechtfertigt. Er habe nicht mehr das Vertrauen der litauischen Regierung besitzen, weil er mit einer „fremden Macht“ verhandelt habe, ohne vorher Romno zu informieren, und die Zustimmung der litauischen Regierung einzuholen. Böttcher ist inzwischen aus der Haft entlassen worden. Eine Anklage gegen ihn wird im gewöhnlichen Gerichtsverfahren erhoben werden.

Japan „drückt“ auf die Intervention

Washington, 6. Februar. Die hier noch immer gehegte Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluss im Fernen Osten hat einen schweren Stoß erlitten durch den offiziellen Bericht aus Tokio, daß Japan zwei Divisionen von etwa 10.000 Mann nach China schickt.

Die Japaner sollen nach dieser Meldung zum Teil bereits unterwegs sein, zum Teil sich in kürzester Zeit einschiffen. Dieser Bericht deutet darauf hin, daß Japan entschlossen ist, den noch immer nicht offiziell erklärten Krieg gegen China unter Einsatz aller Kräfte zum raschen Ende zu führen.

Staatssekretär Stimson hat nach Erhalt dieser Nachricht sofort die Botschafter Englands und Japans zu eingehenden Besprechungen zu sich gerufen. Wie ermit Stimson die Lage ansieht, geht daraus hervor, daß er gleichzeitig nach Paris und London Telegramme geschickt hat, in denen er darum ersucht, sein Bemühen um die Wiederherstellung des Friedens im Fernen Osten zu unterstützen.

Die Chinesen halten die Wufungforts

Paris, 7. Febr. Wie die Agentur Indo Pacifique aus Schanghai meldet, weht die chinesische Flagge immer noch über den Wufungforts, die von japanischen Flugzeugen neuerdings bombardiert wurden. Man vermutet, daß ein Teil der 10. chinesischen Armee sich in den Forts verschanzt hält. Zwei neue japanische Kriegsschiffe sind vor Wufung angelegt.

Das Zentrum der Kämpfe hat sich nach Wufung verlagert, wo die Japaner nach einem heftigen Gefechtsverlust auf die chinesischen Forts mit allen Kräften versuchten, ihre Truppen zu landen.

Schabei vollständig niedergebrannt

Nach einer Meldung aus Schanghai sind die Kämpfe bei Schabei noch nicht beendet. Der Samstag war der schwerste Tag, den Schabei erlebte. Die Stadt brannte vollkommen nieder. Der Schaden wird auf etwa 1,7 Milliarden Mark geschätzt.

Das Urteil im Lübecker Prozeß

Lübeck, 7. Februar. Am Samstag um 18 Uhr verkündete das Gericht im Calmeyer-Prozeß folgendes Urteil: Professor De nke wird wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt. Professor Niksch wird wegen Vergehens der fahrlässigen Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Die Angeklagten Professor Klotz und Schwester Anna Schöne werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten, soweit sie verurteilt sind, auferlegt. Soweit Freispruch erfolgt ist, trägt sie die Staatskasse.

165 Millionen Reichsmark Reingewinn

Wie sich Einheitspreisgeschäfte rentieren können, dafür bringt eine Berliner Zeitung folgendes Beispiel: Der amerikanische Einheitspreis-Konzern F. W. Woolworth u. Co., der sich im Jahre 1931 einer Reingehaltssteigerung von 34,74 Millionen Dollar auf 41,35 Millionen Dollar erfreuen kann, hat auch in seinem in Deutschland betriebenen Zweigunternehmen hohe Gewinne erzielt. Er betreibt bei uns nammentlich 70 Filialen, in denen er dem deutschen Volkland im vergangenen Jahre etwa 30 Millionen Mark ins Ausland abgeführt hat.

Inkrafttreten der Ausgleichsteuer am 15. Febr.

Berlin, 5. Febr. Am 15. Februar 1932 treten drei Änderungen auf dem Gebiet der Umsatzsteuer in Kraft. Zunächst wird von diesem Tage ab die Ausgleichsteuer auf das Einführen von Gegenständen in das Inland erhoben, soweit die Gegenstände nicht auf einer neuangelegten Freiliste I aufgeführt sind. Bei der Aufstellung der Freiliste I war vorgesehen, daß zunächst geschlossene Warengruppen aufgenommen wurden, die für die deutsche Wirtschaft unbedingt erforderliche Nahrungsmittel und Hilfsmittel darstellen. Vom 15. Februar 1932 ab gilt das Umsatzsteuergesetz nicht mehr in den Zollausföhrungen sowie in den Freizöhrungen Stettin und Altona. Dabei sind künftig Lieferungen vom Inlande in diese Gebiete, z. B. in die Freizöhrung Hamburg oder Bremen wie Lieferungen in das Ausland steuerfrei. Vom 15. Februar 1932 wird die Ausgleichsteuer, wenn in das Inland eingebrachte Gegenstände ohne Weiterverarbeitung wieder ausgeführt werden, im Rahmen der Ausfuhrhändlervergütung mitberücksichtigt.

Einbürgerungsgesuch Hitlers an Hindenburg?

Der Sozialdemokratische Pressedienst teilt mit: Aus dem Brauneshaus verlautet, daß Hitler beabsichtigt, in den nächsten Tagen den Reichspräsidenten in einem längeren Schreiben um Maßnahmen zur Verleihung der Staatsbürgerrechte an ihn zu ersuchen. Das Schreiben soll mit Hitlers Teilnahme am Kriege begründet werden. Es wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß die Hauptleiter der NSDAP, Hitler die nationalsozialistische Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl angetragen haben sollen.

Für die Einbürgerung Hitlers

Eine Erklärung des Stahlhelms

Wie die Pressestelle des Stahlhelms mitteilt, herrscht in der Bundesführung des Stahlhelms die einseitige Auffassung, daß Adolf Hitler, nachdem er vier Jahre im Felde als deutscher Soldat gekämpft und für tapferes Verhalten das E. K. I bekommen hat, damit ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollte. Bürokratische Auseinandersetzungen seien vom Frontsoldaten-Standpunkt aus nicht wünschig.

Nationalsozialisten dürfen in die Reichswehr eintreten

Berlin, 7. Febr. Wie von unterrichteter Seite bekannt wird, hat der Reichswehrminister die Bestimmung aufgehoben, wonach Nationalsozialisten nicht als Rekruten in das Heer bzw. in die Marine aufgenommen werden dürfen. Ehemalige Nationalsozialisten können also nunmehr als Rekruten eingestellt werden, müssen aber selbstverständlich auf jede politische Betätigung verzichten.

Kervenzusammenbruch des norwegischen Kriegsministers

Oslo, 7. Febr. Der norwegische Kriegsminister Unslöng hat jetzt einen Kervenzusammenbruch erlitten. Der Ueberfall auf ihn wird von Stunde zu Stunde mysteriöser. Der Minister war nach dem Ueberfall recht ruhig, ist aber jetzt vollkommen entkräftet. Im Ministerium wurden alle Schränke untersucht, um festzustellen, ob Staatspapiere gestohlen worden sind. Die Presse spricht davon, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß der Minister zurüdtrete.

70000 Mann Sowjettruppen in Wladivostok

Tscho, 7. Febr. Passagiere des aus Wladivostok in dem japanischen Hafen Tsuruga eingetrossenen Dampfers „Amatschikawa“ berichten, daß die Russen eine Armee von 70000 Mann in und um Wladivostok zusammengezogen haben. In Wladivostok sei das Kriegsrecht erklärt, und 400 Russen seien verhaftet worden, die unter dem Verdacht der Feindseligkeiten gegen das Sowjetregime stehen.

Angehörig des dauernden Vorkommandos der Japaner in der Mandchurei scheint auf russischer Seite die Frage wieder aufgelegt zu sein, daß Japan den Versuch machen wird, sich bei geeigneter Gelegenheit Wladivostok zu bemächtigen. Bekanntlich hatte Japan im Jahre 1919 schon einmal einen großen Teil Sibiriens besetzt und erst auf Protest der Mächte hin sich bewegen lassen, das Küstengebiet um Wladivostok wieder zu räumen. Der Besitz von Wladivostok wäre von ausschlaggebendem Wert für die Japaner, da er als Exporthafen für das Hauptprodukt der Mandchurei, die Sojabohne, sehr viel günstiger liegt als der südmandchurische Hafen Dairen. Der Weg über Wladivostok bedeutet eine Ersparnis von mehreren hundert Kilometer gegenüber Dairen.

Reichskanzler Dr. Brüning in Genf eingetroffen

Genf, 7. Febr. Reichskanzler Dr. Brüning ist mit dem Berliner Schnellzug um 10.50 Uhr in Genf eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Bülow, Reichspressechef Min. Dir. Dr. Jochims und Oberregierungsrat Brand von der Reichskanzlei. Der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, war dem Reichskanzler bis Freiburg entgegengefahren.

Beim Empfang hatten sich am Bahnhof die deutsche Delegation, an ihrer Spitze Botschafter Nabolun, vollständig eingefunden, ferner der Untergeneralsekretär Jafour-Geronce, Generalkonsul Dr. Köllers, als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes der Kabinettsekretär Wipfel und zahlreiche Pressevertreter. Die deutsche Kolonie war ebenso wie die deutsche Studentenchaft außerordentlich stark vertreten. Eine zahlreiche Menschenmenge, darunter viele ausländische Journalisten, erwarteten mit gespanntem Interesse die Ankunft des deutschen Staatsmannes. Als Dr. Brüning den Zug verließ, brachte ihm die anwesende Menge begeisterte Kundgebungen dar, die sich bei seiner Abfahrt zum Hotel immer mehr verstärkten. Immer wieder wurden Rufe laut: „Doch Brüning!“ Der Reichskanzler konnte sich nur mit Mühe den Weg zum Kraftwagen bahnen, der ihn mit seiner Begleitung zum Hotel Metropole brachte.

Auf der Fahrt nach Genf war der Reichskanzler verschiedentlich Gegenstand besonderer Begrüßungsbegehungen. In Bern, wo ein erster Aufenthalt erfolgte, erschienen zahlreiche Vertreter der deutschen Kolonie und der deutschen Gesandtschaft. In Freiburg in der Schweiz hatte sich eine große Abordnung der deutschen Studentenchaft am Bahnhof eingefunden, um den Reichskanzler zu begrüßen.

Unmittelbar nach der Ankunft des Reichskanzlers im Hotel begannen die Beratungen.

Dr. Brüning bei Henderson

Genf, 7. Febr. Reichskanzler Dr. Brüning stattete gegen Abend dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz einen Besuch ab. Zur gleichen Zeit hatte Staatssekretär v. Bülow Unterredungen mit dem englischen und mit dem italienischen Außenminister.

Bainlevé gegen Panikgerüchte

Paris, 7. Febr. In Le Blanc (Departement Indre) hielt Bainlevé bei einer republikanischen Veranstaltung eine Rede, in der er u. a. ausführte: Seit einigen Monaten aber macht sich eine wahre Kriegspatmosphäre bemerkbar, sobald auf die Dauer die Worte „der ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“ der Grundgedanke aller werden könnte. Demgegenüber muß man erklären, daß der Krieg morgen nicht mehr zu erwarten ist und die Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff oder die Mobilisierung der verschiedenen Jahrgangsklassen unbegründet sind. Zu den internationalen Verhandlungen über-

Kommt die Verwaltungsvereinfachung?

Zusammenfassend kann als unzweifelhaft feststehend bezeichnet werden, daß durch Behördenzusammenlegung eine Vereinfachung der Verwaltung nicht erzielt wird. Es wäre deshalb an der Zeit, daß mit dem Gedanken der Behördenzusammenlegung und Aufhebung von Bezirksämtern nicht mehr länger gespielt wird...

Die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung im Reich, Staat und Gemeinden muß auf andere Weise herbeigeführt werden. Vor allem ist es auf die Dauer untragbar, daß das Land Württemberg alljährlich große Summen für die Sicherstellung der Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung leisten...

Wenn man eine Senkung der Ausgaben innerhalb des Landes und in den Gemeinden vornehmen will, kommt man nicht darüber hinweg, Vergleiche anzustellen mit den Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in der Vorkriegszeit (1913) und in der Gegenwart (1931)...

Es bedeutet keineswegs eine Geschäftsvereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung, wenn z. B. die Erteilung der Erlaubnis für vorübergehende Sonntagsarbeit im Vöckergewerbe vom Wirtschaftsministerium oder einer diesem unterstellten Abteilung oder der Verlegung eines Viehmarktes von dieser Behörde genehmigt werden muß...

Wenn man schon sparen will, so darf auch daran nicht Halt gemacht werden, daß die mit nichts begründeten Ministerialzulagen endlich aufgehoben werden und daß die Zahl der Abgeordneten so beschränkt wird, daß künftig nur noch für einen Oberamtsbezirk ein Abgeordneter gewählt wird...

Weber die Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung könnte noch viel gesagt und geschrieben werden; es sei in diesem Zusammenhang auf die schon eingangs erwähnte feinsinnige

Betrachtung, von württembergischen Oberamtsstädten herausgegeben, hingewiesen, die wertvolle Fingerzeige für eine das ganze Land berührende Verwaltungsvereinfachung enthält, ohne daß nur ein Teil von Bezirksangehörigen und Gemeinden des Landes Opfer zu bringen hätten.

Wenn einmal die öffentlichen Verwaltungen auf den Vorkriegsstand zurückgebaut sind und alle Auswüchse der Nachkriegs- und Inflationszeit, die ganz besonders in mangelnder Moral und mangelndem Pflichtbewußtsein des Einzelnen vor Gesetz und Recht ihren Ausdruck gefunden haben, beseitigt sein werden, dann werden sich die angebotenen Maßnahmen in einer Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung auswirken und sich alsdann auch das nötige Vertrauen und die erforderliche Achtung vor den Behörden und ihren Vollzugsorganen wieder zurückkehren.

Kein weiterer Abbau der Forstverwaltung

Bekanntlich fallen bei der Forstverwaltung 21 hauptamtliche Stellen dem Abbau zum Opfer. Eine weitere Verringerung der Zahl der Forstämter über die bereits veröffentlichte Zahl hinaus, ist, wie es in einer Regierungsentwurf auf eine sozialdemokratische Anfrage heißt, nicht in Aussicht genommen. In Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Reichsforstamtsleiters erscheint die heutige durchschnittliche Größe der württembergischen Forstämter unter den gegenwärtigen Verhältnissen als zweckmäßig und ist dem Ziel größtmöglicher Kostensparnis aus der Forstwirtschaft gut angepaßt.

Alle Waffen müssen angemeldet werden

Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch

§ 1 des Kapitels I des 8. Teils der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember ermächtigt die obersten Landesbehörden oder die von ihnen beauftragten Stellen, für ihren Amtsbezirk oder Teile davon anzuordnen, daß der Besitz von Schusswaffen und Munition, die den Vorschriften des Schusswaffengesetzes unterliegen, sowie von Stief- und Stiefwaffen bei der Polizeibehörde anzumelden ist.

Von dieser Ermächtigung ist durch eine Verordnung des Innen- und des Wirtschaftsministeriums Gebrauch gemacht worden. Danach müssen alle in Württemberg vorhandenen Schusswaffen und alle Munitionsvorräte, soweit sie den Vorschriften des Schusswaffengesetzes unterliegen, bis 1. Februar 1932 der Ortspolizeibehörde angemeldet werden. Auf Stief- und Stiefwaffen ist die Anmeldepflicht zunächst nicht ausgedehnt worden. Nicht anmeldepflichtig sind die in § 1 der Ausführungsverordnung zum Schusswaffengesetz vom 13. Juli 1928 aufgeführten Schusswaffen und die dazu gehörige Munition, also insbesondere Vorderladerwaffen, Hinterladerwaffen, soweit es sich um Modelle bis zum Konstruktionsjahr 1870 einschließlich handelt, ferner Drückluftwaffen mit einem Kaliber von 7 Millimeter und darunter, Zimeterwaffen mit einem Kaliber von 4 Millimeter und darunter, Robertwaffen (Feldbüchse) mit gezogenem Lauf, soweit es sich nicht um Mehrader handelt, im Gewicht bis zu 2 kg. und mit einem Kaliber von 6 Millimeter und darunter, außerdem Scheintod- und Schredtschusswaffen, sofern sie ihrer Konstruktion nach lediglich zum Versetzen von Knall- oder Gaspatronen, die keine Durchschlagskraft besitzen, benutzt werden können. In Ausnahmefällen empfiehlt es sich, bei der zuständigen Polizeibehörde Auskünfte einzuholen.

Befreit von der Anmeldung sind außer den öffentlichen Behörden und den Personen, die kraft Gesetzes oder besonderer Ermächtigung zum Besitz einer Schusswaffe berechtigt sind, Personen, die eine Genehmigung zur Herstellung von Schusswaffen oder Munition oder zum Handel damit besitzen. Die Anmeldepflicht bezieht sich ferner nicht auf Schusswaffen und Munition, für die nach dem 1. Oktober 1928, das ist nach dem Inkrafttreten des Schusswaffengesetzes, ein Waffenbesitz oder ein Munitionserwerbsschein ausgestellt und inzwischen nicht entzogen worden ist, und zwar gilt die Befreiung auch dann, wenn die Weltausstellung der Schiene bereits abgelaufen ist. Die Anmeldung hat bei der Ortspolizeibehörde schriftlich zu geschehen.

Aus Stadt und Land

Das zuständige Oberamt hat die Wahl des Verwaltungspräsidenten Alfred Daber in Bisingen a. G. zum Ortsvorsteher der Gemeinde Kotesfol bestätigt.

Neuenbürg, 8. Febr. Das schöne Wetter des gestrigen Tages lockte Alt und Jung hinaus ins Freie, um die warmen Sonnenstrahlen auf sich niederfallen zu lassen. Um die Mittagszeit zeigte das Thermometer 21 Grad Wärme an. Kein Wunder, daß viele Wanderer ohne Mantel und Hut des Weges kamen, ohne sich auch nur im Geringsten einer Gefahr der Erkältung anzusehen. Freilich war der Abend, der Jahreszeit entsprechend, wieder empfindlich kalt und unfreundlich. Trotz allem bleibt die abnorme Witterung eine schwere Sorge für den Landwirt. Der Andrang zu den Einzugsstellen der Hindenburgwahl ist auch in unserem Bezirk ein ganz enormer. Schon am zweiten Tag waren die von Berlin zugelandeten Listen vergriffen und mußte die „Enztäler“-Druckerei weitere Einzugsstellen selbst anfertigen, um dem Verlangen der Hindenburgwähler gerecht zu werden. In Dettlenald waren schon am ersten Tag 3 Listen mit je 25 Namen ausgefüllt, sodas schließlich weitere Listen zugelassen werden mußten. Bekanntlich läuft die Einzugsliste mit Ende dieser Woche ab.

Neuenbürg, 8. Febr. Der Kriegerverein hielt Sonntagabend im Varenhals seine Generalsversammlung ab. Vorstand Kähler gab nach den Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen Kameraden einen kurzgefaßten Jahresbericht, dem zu entnehmen ist, daß die Verhältnisse in einer Generalversammlung, einer Mitgliederüberprüfung und 5 Ausschreibungen erledigt wurden. Beschlüsse von besonderer Bedeutung seien hierbei nicht zu fassen gewesen. Der Verein zähle gegenwärtig 213 Mitglieder. Der Berichtenden des letzten Jahres sowie der Gefallenen des Weltkriegs wurde in üblicher Weise gedacht. Die wirtschaftliche Lage der weissen Mitglieder habe sich, so führte der Vorstand aus, im letzten Jahre erheblich verschlechtert, Not und Elend seien in vielen Familien händeringend, deshalb sei man dazu übergegangen, arbeitslosen Kameraden den Mitgliederbeitrag zu erlassen bis auf den Beitrag zur Sterbefasse, welcher sich im Jahr auf 2,50 RM. beläuft. Der Schriftführer verlas das Protokoll, während der Kaffee über den Stand der Kasse berichtete. 1931 RM. Einnahmen ließen 1223 RM. Ausgaben gegenüber, sodas sich ein Ueberschuß von 110 RM. ergibt. Eine unerfreuliche Erscheinung sind die Defizite bei den Veranstaltungen. Selbst die in abwechselndem Rahmen abgehaltenen Weihnachtsfeier im Varenhals schloß mit einem solchen ab. In diesem Falle dürfte die Ursache wohl in der Teilnahme der Kinder zu suchen sein. So kam es, daß ein großer Teil der Erwachsenen wegen Sozialüberfüllung keinen Platz finden konnte, verärgert das Vokal verließ und die Vereinskasse um das Eintrittsgeld gebracht wurde. Hierin soll die künftigen Veranstaltungen Wandel geschaffen werden. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, den Ehrensolat bei Verdienungen allen Teilnehmern des Weltkriegs ohne Rücksicht auf ihre Vereinszugehörigkeit zuteil werden zu lassen. Der Antragsteller mußte sich jedoch befehlen lassen, daß das Schießen bei Begräbnissen eine unerschöpfliche Vereinsangelegenheit ist und daß der Kriegerverein sich diese Ausgaben auch nur aus eingezahlten Beiträgen leisten kann. Außerdem hebt der Beitritt zum Verein allen ehemaligen Soldaten frei, sodas sich dadurch von selbst ein Anreiz auf den Ehrensolat ergibt. Für 24jährige Mitgliedschaft wurden geehrt Karl A. Dierl, Wegenermeister, Gustav Schöll, Flachsenmeister, Karl Zill, Beckert, Wegenermeister. Den Jubilaren wurde herzlich Dank ausgesprochen für die bewiesene Treue und ihnen neben einer Urkunde noch das Ehrensolat des Württ. Kriegerbundes ausgereicht. Damit war die Tagesordnung erschöpft und konnte der Vorstand die harmonisch verlaufene Versammlung mit aufmunternden Worten beschließen. - Abends 8 Uhr hielt Kamerad Stadelmann einen befähigt aufgenommenen Lichtbildvortrag über „Ereignis in Hindernis mit der 51. Reserve-Infanterie-Division“.

Neuenbürg, 7. Febr. Der Bezirksverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Neuenbürg hatte seine Mitglieder auf den heutigen Sonntag nachmittag in den Gasthof zum „Varen“ zur alljährlichen Bezirksversammlung eingeladen. Bezirksobmann Bürgermeister Kähler - Ottendhausen konnte von 25 Vereinen mit 302 Mitgliedern 117 Vertreter begrüßen. Besonders herzlichem Willkommengruß entset er dem anwesenden Vertreter der Landw. Ge-

Was ist das für ein Mensch!

Das Räffel Matuschka, seine Verbrechen und sein Doppelleben

Von J. K. Berndorff - Copyright 1931 by Dietz & Co., Verlag, Stuttgart

Nachdruck verboten

15. Fortsetzung. Die Polizei hat das Telegramm gefunden, das Darvas dem Matuschka nach Gantaber sandte. Da Josef Darvas ein phantastischer Mann war, so steht das Telegramm folgendermaßen:

Wien 56. 904 21/20 27/XII 0,30 16,30. Am 30. vor-mittags jeht ihr Verbindung über bundeszugsich im mit-telsternum soziale Verwaltung persönliches erscheinen unbeding-t notwendig Sam R."

Josef Darvas unterzeichnete nicht mit seinem Namen, weil dieser Name politisch zu bekannt ist.

Dieses Telegramm wies Matuschka im Familienkreis auf-geregelt vor und erklärte, am nächsten Tage nach Wien fahren zu müssen. Da fiel ihm aber ein, daß er ja am 29. des Mo-nats vor dem Bezirksgericht von Margarethen in Wien er-scheinen mußte, weil er in einem Zivilprozeß verklagt worden war. Er wollte nicht erscheinen. Er hatte andere Pläne für die nächsten Zeit. Und so telegraphierte er von Gantaber am 29. Dezember um 10,30 Uhr vormittags in der Serie 20 des Telegrammenamtes in Gantaber nach Wien.

Dieses Telegramm ist von der Polizei ebenfalls heraus-gefunden worden. Es lautet: „Bezirksgericht Margarethen, Wien, 13 G 21 89/301. wegen komplikation mit daß bei verhandlung kann ich nicht erscheinen."

Nachdem er das Telegramm in Gantaber aufgegeben hatte, mietete er schnell einen Wagen, fuhr mit ihm bis Jed-witz, der nächsten Bahnhafstation, und von dort mit der Bahn nach Budapest.

Hier suchte er in den kleinen Geschäften in der Nähe des Budapester Ostbahnhofs herum und kaufte sich ein Gerät, das in Ungarn mit dem Namen „französischer Schraubenschlüssel“ bezeichnet wird, ein Gerät, mit dem man Schrauben jeder Größe anziehen und lockern kann.

Er hielt sich nicht lange auf. Am selben Abend, an dem er in Budapest angekommen war, fuhr er wieder in den Zug und fuhr nach Wien. Hier ließ er in seine Wohnung, zog einen Regenmantel an, rannte wieder zum Bahnhof und fuhr nach Ansbach, unweit Wiens.

Hier kannte er Gegend und Gelände gut. Im Sommer

desselben Jahres war er mit seiner Frau und seinem Kind für einige Wochen in dem kleinen Kurort Vöckgraben gewesen, für einige Wochen, die in der Erinnerung Frau Matuschkas goldene Tage ihres Lebens darstellen.

Mit Frau und Kind hatte er weite Spaziergänge in der Umgebung gemacht, weite Spaziergänge, die ihn meistens nach Ansbach brachten.

Jetzt flog er im Bahnhofshotel in Ansbach ab. Am nächsten Morgen, in aller Frühe, ließ er hinaus, er ließ an den Bahndamm, ließ über die Schienen, sprang wieder herab und verlor sich in den Büschungen des Waldes. Er lief herum wie ein Tier, ohne Ziel, er hastete durch die Schonungen, sprang über Gräben und Bäume, rannte und rannte und ließ immer im Kreis herum, um eine ganz bestimmte Stelle, die ihm aufgefallen war. Stundenlang rannte er im Kreise, bis seine Kräfte schließlich versagten.

Dann schliefte er sich zurück in sein Hotel, warf sich ins Bett, ohne zu essen und zu trinken, und schlief. Er schlief bis zum Mittag des nächsten Tages. Dann stand er auf, strakte seinen Schraubenschlüssel zu sich und ließ wieder in dem-selben Zustand, in dem er sich am Tage zuvor befunden hatte, auf den Bahndamm zu.

An der Stelle, die er am Tage vorher in wüstem und wildem Lauf umkreist hatte, befindet sich seitwärts der Schie-nen eine Mauer, die angebaut ist, weil sie im Winter die Schneeweichen vom Bahnkörper abhalten soll. Hinter dieser Mauer lauerte er und stierte ununterbrochen auf den Bahn-körper. Schließlich setzte er mit einem Sprung über die Mauer. Er hatte sich vergewissert, daß niemand in der Nähe war und dann lockerte er in der angestrengtesten Arbeit einen halben Stunde alle Schrauben, die die Schienen auf den Schwellen hielten. Er riß sie förmlich aus ihren Gewinden, er legte sie fein säuberlich nebeneinander auf den Bahndamm.

Er riß und zog an den Schienen, und er brachte es fertig, daß sie locker wurden und nicht mehr mit anderen Geleisenstellen zusammenhängen. Sie ganz abzureißen, wie er sich das vor-genommen hatte, das brachte er jedoch nicht fertig.

Als er damit zu Ende war, setzte er sich auf den Kilometer-stein 30, der an dieser Stelle steht, riß ein Stück Papier hervor und schrieb einen Brief.

Er schrieb, daß der Mann, der dieses Kitentat verübt habe, es deshalb tue, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die unterdrückten Menschen zu lenken.

Er schrieb ferner, die Gemeinplätze waren, mystisch an-denkend, schließlich nichtfolgend.

Diesen Brief legte er auf die Mauer. Als er ihn mit einem Stein beschwert hatte, hörte er hinter sich schon das Klattern eines Fuges.

Er hat später ausgefagt, daß diese Minute, die nun ver-floß, bis der Zug ankam, die entsetzlichsie Minute seines Le-bens gewesen sei. Was zu dem Augenblick, an dem er das Klattern hörte, befand er sich in Trance. Bis dahin hatte er alles instinktiv getan. Alle Hemmungen waren ausgeschaltet. Er folgte lediglich seiner Absicht, einen Zug zum Entgleisen zu bringen, einer Absicht, die einem seltsamen, fast unversöh-nlichen Motiv entsprang.

Es hatte ihn in Gantaber überfallen

Die Schienen hatten ihn gelockt, die Schienen, die Schienen.

Als er in Gantaber in der frühen Dämmerung eines Winterabends über die Schienen lief, und als auf den Nach-bargeleisen plötzlich ein Zug an ihm vorbeiraste, da hatte er plötzlich die Vision, daß dieser Zug entgleise.

Diese Vision war so ungeheuer hart, sie fand so alle Wirklichkeit vor seinen Augen, daß er sich hinsetzen mußte vor Entsetzen, denn er hörte das Krachen des Holzes, er hörte das Schreien und Stöhnen der Verlegten.

Er sah alles vor sich, alles in Flammen getaucht, blutrot, alles brannte, der Schienenstrang zerbarst, der Wald wurde riesengroß zum Himmel, dann trachten die Bäume des Waldes ineinander, stürzten in das Feuer, das den Schienenstrang, den Zug und die Menschen zertrass, und brannten selbst in gewaltigen Flammen.

Ein unerhörtes Gefühl der Befreiung überfiel den Mann Säuber Matuschka.

Ein unheimliches Glücksgefühl, ein Rausch, der durch alle Sinne ging, ergriff ihn, ein Rausch, gegen den alle seine Er-lebnisse mit Kränen verblassten.

Der Taumel packte ihn, wirbelte ihn herum, warf ihn vom Bahndamm zur Erde.

Nach einiger Zeit stand er auf, sah auf die Schienen. Es war kein Unglück geschehen, es war nichts geschehen.

Er ersah alles nicht.

Wer hatte ihn hypnotisiert?

Die Epifode seiner Kindheit tauchte in seiner Erinnerung auf. Er ging fort von dieser Stelle, er ging nach Daus-

(Fortsetzung folgt.)

wie die „Schwäbische Tageszeitung“ in ihrer eingehenden Darstellung der Vorkommnisse hinzusetzt, sehr gut beleuchtet und als anständiger junge Leute bekannt. Die amtliche Untersuchung soll jetzt alle diese Vorkommnisse klären.

Ausprache über die Jura-Delschieferwerke im Finanzausschuß

Stuttgart, 5. Febr. Der Finanzausschuß des Landtags sprach sich in seiner heutigen Sitzung über die Jura-Delschieferwerke aus. Der Berichterstatter Abg. Nagel (Wk.) erklärte, daß Ministerialrat Dr. Degelemaier schon im Jahr 1920 verlangt habe, daß der Delschiefer-Betrieb der Jura-Delschieferwerke mit eisernem Besen gesäubert werde. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Winter (Soz.), wies die Vorwürfe gegen den Berichterstatter nachdrücklich zurück. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, die Vorwürfe gegen Dr. Seeger seien von der Staatsanwaltschaft untersucht, das Verfahren sei aber niedergebunden worden. Jetzt laufe allerdings wieder eine neue Anzeige. Die Regierung treibe keine Verschönerungsarbeiten. Der Abg. Nagel habe als Berichterstatter nur die eine Seite gehört und daraus sei ihm ein Vorwurf gemacht worden. Es müsse unterschieden werden zwischen der Zeit, wo er selbst als Vorsitzender des Ausschusses fungierte und der früheren Zeit. Er habe nichts versäumt, sondern habe für den Staat 2 Millionen Mark gerettet. Ein kommunikativer Redner beantragte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Der Finanzminister erklärte, daß Dr. Seeger neben gewissen Schattenseiten auch seine guten Seiten gehabt und besonders die Verhandlungen mit dem Zement-Syndikat sehr gut geführt habe. Ein sozialdemokratischer Redner beantragte, daß eine reifliche Klärung der Streitfrage nicht erfolgt sei. Ein Zentrumredner betont, daß abgewartet werden müsse, bis die staatsanwaltschaftliche Untersuchung abgeschlossen sei. Die meisten festgestellten Verfehlungen seien unstrittig. Der alte Ausschuss habe die kaufmännische Leitung gedeckt und es sei fraglich, ob jetzt noch Regressansprüche mit Erfolg geltend gemacht werden könnten. Bei der Abstimmung werden Anträge auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses abgelehnt. Annahme findet ein Antrag Andre (Ztr.), 1. die Frage der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bis nach dem Abschluß des schwebenden Strafverfahrens zurückzustellen, 2. die Regierung zu ersuchen, auf eine beschleunigte Erledigung des Strafverfahrens nachdrücklich hinzuwirken.

Darauf referierte Abg. Steinmayer (Soz.) über eine Eingabe des Württ. Krügerbundes an den Landes- und Hauptverforgungsämter in Stuttgart. Staatspräsident Dr. Volz erklärte, daß er in dieser Sache persönlich in Berlin bei den zuständigen Stellen vorgehen werde. Eine Entscheidung stehe noch aus; wahrscheinlich werden beide Hauptverforgungsämter, Stuttgart und Karlsruhe, nach bleiben. Die sachlichen Gründe sprechen auf jeden Fall für Stuttgart. Einstimmige Annahme findet ein Antrag Steinmayer (Soz.), bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei einer etwaigen Zusammenlegung der Hauptverforgungsämter Stuttgart und Karlsruhe der Sitz des Hauptverforgungsamtes nach Stuttgart verlegt wird.

Abg. Winter (Soz.) berichtete dann über eine Eingabe des Wasserwerksverbands der Reichenbach-Gruppe an einen Staatsausschuß. Staatspräsident Dr. Volz erklärte, daß die Regierung vor der Bauausführung vor dem Bau gewarnt habe. Mit dem Bau sei ohne Genehmigung der Regierung begonnen worden. Jetzt lägen die Akten da, die Finanzierung sei nicht gesichert und das ganze Werk in Frage gestellt. Die Vorverordnungen enthielten Verbote für Darlehenshingaben der Gemeinden; die Sparkassen könnten das Geld nicht geben. Die Regierung könne den Bau erst genehmigen, wenn die Finanzierung sichergestellt sei. Der Staat könne das Geld nicht geben. Darauf fand ein Antrag des Berichterstatters im Sinne der Erklärungen des Staatspräsidenten Annahme.

Baden

Karlsruhe, 7. Febr. Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Samstag vormittag 1/2 Uhr auf der Kallertstraße in der Nähe

der Herrenstraße. Ein Personenauto stieß mit einer Koblein in unglücklich zusammen, daß diese von dem Auto überfahren und geschleift wurde. Mit schweren lebensgefährlichen Verletzungen mußte die Frau in das Städtische Krankenhaus überführt werden, wo sie nach wenigen Stunden ihren Verletzungen erlegen ist. Wie wir zu dem Unfall noch erfahren, handelt es sich bei der Verletzten um die 40 Jahre alte Veronika Deck aus Mühl, die Mutter von 9 Kindern ist. Ihr neunjähriger Sohn befand sich während des Unfalls in nächster Nähe, jedoch er zulehnte mußte, wie seine Mutter von dem Auto geschleift wurde.

Karlsruhe, 7. Februar. Der Führer der NSDAP in Baden, Landtagsabgeordneter Wagner, veröffentlicht einen offenen Brief an den Reichsinnenminister, worin er sich über die vom badischen Innenministerium angeordneten Hausdurchsuchungen, Zeitungs-, Versammlungs- und Redeebote sowie über die verschiedenen Verordnungen in der amtlichen „Karlshofen Zeitung“ mit dieser Begründung beschwert, daß diese Maßnahmen gegen- und verfassungswidrig seien.

Letzte Nachrichten

Berlin, 7. Febr. Die gestern abend vom Reichshaus verabschiedete Verordnung zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Ostpreußengebiet, die die weitere Finanzierung der Ostpreußen durch die Reichsregierung stellen und eine beschleunigte Durchführung der Entschuldungsvorfahren — in etwa ein bis einhalb Jahren — ermöglichen soll, ist gestern mittag vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Schneebed. Elbe, 7. Febr. Bei Frohe wurden aus der Elbe zwei mit einem Strick zusammengebundene weibliche Leichen geborgen. Die eine der Leichen trug um den Hals eine Blechhülle, in der sich zwei Feuerbestattungsscheine befanden. Es handelt sich um zwei aus Weingarten stammende Schwärmer im Alter von 67 bzw. 64 Jahren, die die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen haben.

Jana, 7. Febr. Im Kojshmir-Bezirk kam es heute in verschiedenen Orten zu ersten Zusammenstößen zwischen Demonstranten einerseits und Polizei und Miliz andererseits. Von den Demonstranten wurden zwei durch Schüsse getötet, auch ein Polizist wurde erschossen. Die Zahl der Verletzten ist noch unbekannt. 72 Personen wurden verhaftet.

Bergwerkungslück in Belgien

Brüssel, 7. Febr. Am Sonntag morgen hat sich durch schlagende Wetter in einem Bergwerk in Marcinne an Pont in 1250 Meter Tiefe ein Bergwerkungslück ereignet. Von 25 betroffenen Bergleuten wurden bisher 8 in schwerverletztem Zustand geborgen. Die anderen sind noch verschüttet. Die Hoffnung auf Rettung der übrigen Bergleute muß, wie später noch gemeldet wird, aufgegeben werden.

Öffentliche Hinrichtung in Mülhausen i. E.

Das Schwurgericht in Colmar hat den 25jährigen Pfälzer Josef Schoeller, der ohne festen Wohnsitz ist, wegen Mordmordes zum Tode verurteilt. Schoeller hatte in der Nähe des Ortes Zimmerheim den etwa 60 Jahre alten Eduard Buchlin aus Schwabmühl mit einem Jagdgewehr erschossen und ausgeraubt. Bei dem Toten fand man nur einen Gelddbetrag von 44 Franken. Die geratete Uhr verfehlte er in einer Wertschätzung für 10 Franken. Während der Voruntersuchung und während der Verhandlung zeigte der mehrfach vorbestrafte und über beleumundete Buchlin keinerlei Reue und nach Verkündung des Todesurteils sagte er: „Es macht mir nichts aus“. Das Urteil wird in Mülhausen auf einem öffentlichen Plage vollstreckt werden.

Gerichtssaal

Der Zöpprig-Prozess

Ölmungen, 5. Febr. Zu Beginn der heutigen Verhandlung, die wohl zum großen Teil nur formalen Charakter hatte, gab Staatsanwalt Dr. Kempter die schriftliche Erklärung ab, daß infolge der veränderten Prozeßlage neue Sachverständigen-Beweise herbeigeschafft werden müßten, damit das Ziel der Wahrheitsfindung nicht ernstlich gefährdet werde. Er machte daher von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch und stellte zwei neue Sachverständige, nämlich den Vorstand der Prüfungsstelle des Landesfinanzamtes, Regierungsrat Otten-Stuttgart, und den amtlichen Buchprüfer der Reichsfinanzverwaltung, Oberkasseninspektor Walters-Balingen, vor. Beiden Beamten gebe der Ruf großer Sachkunde

vor aus dem Gebiete des kaufmännischen Berechnungswezens, insbesondere in der Buch- und Bilanzprüfung. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung hatte sich der Angeklagte, dessen Verteidigung in Vertretung des abwesenden Rechtsanwalts Gollnit Justizreferendar Dreiß übernommen hatte, zu einigen Punkten zu äußern, die, wie z. B. die Krüger-Angelegenheit, noch des Näheren zu klären waren. Auch die Frage der Voraktifizierung kam nochmals zur Sprache, nachdem die Zeugen hierüber schon früher gehört worden waren. In einem der Zeugen habe der Angeklagte bestimmt nicht gesagt, es sollen keine Abdrücke gemacht werden. Er habe seinem kaufmännisch geschulten Personal keinen bestimmten Auftrag für die Abdrücke gegeben, habe aber vorausgesetzt, daß solche vorgenommen werden würden. Aus seinen Unterlassungen würden ihm nun Betrugabsichten unterzulehnen, wogegen er sich mit großem Stimmunterschied wandte. Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Sportwoche.

Um die Süddeutsche Meisterschaft:

Abteilung Südost: Karlsruhe FV. — FC. Nürnberg 2:2, FC. Kallert — FC. Forzheim 0:0, Bayern München — VfB. Stuttgart 5:2, Sp. Vgg. Fürth — 1800 München 7:1.

Abteilung Nordwest: FSV. Mainz — VfR. Neudorf 4:2, Eintracht Frankfurt — Germania Worms 4:2, SpV. Waldhof gegen FSV. Frankfurt 4:0, FC. Saarbrücken — FC. Pirmasens 6:4.

Tabelle der Abteilung Südost:

Spiele	Gew.	Unentschied.	Niederlagen	Punkte	Tore für gegen	
Sp. Vgg. Fürth	5	3	2	0	16:6	8
FC. Forzheim	5	1	4	0	14:10	6
FC. Nürnberg	5	2	2	1	12:7	6
Bayern München	5	3	0	2	15:11	6
Karlshofen F.V.	5	0	5	0	7:7	5
1800 München	5	2	1	2	11:12	5
FV. Kallert	5	1	1	3	2:14	3
VfB. Stuttgart	5	0	1	4	11:14	1

Um den Verbands-Pokal:

Bezirk Württemberg-Baden: Stuttgarter Kickers — Sportfreunde Ehlingen 5:0, SpV. Feuerbach — Sportklub Freiburg 6:0, FC. Birkenfeld — FC. Mühlburg 9:4, Union Böttingen gegen SpVg. Schramberg 4:1, Germania Brühlgen — VfB. Karlsruhe 2:1.

Bezirkspokal von Württemberg-Baden 1931/32

Die Spiele werden nur in einfacher Runde, also ohne Rückspiel, nach Punktverwertung ausgetragen.

Spiele	Gew.	Unentschied.	Niederlagen	Punkte	Tore für gegen	
Stuttgarter Kickers	5	4	0	1	21:4	8
Sp.V. Feuerbach	5	3	2	0	19:9	8
Germania Brühlgen	4	3	0	1	9:5	6
Union Böttingen	4	2	2	0	10:6	6
FC. Birkenfeld	4	2	1	1	23:13	5
Sp. Vgg. Schramberg	5	2	0	3	12:16	4
VfB. Karlsruhe	3	1	1	1	6:6	3
FC. Freiburg	3	1	1	1	9:11	3
Sportkl. Ehlingen	4	1	1	2	9:15	3
Sportklub Freiburg	4	1	0	3	12:20	2
VfB. Karlsruhe	5	1	0	4	8:21	2
FC. Mühlburg	4	0	0	4	6:21	0

Von der württ.-bad. Kreisliga:

Kreis Enz-Neckar: Sportklub Forzheim — Niesern 2:2, VfB. Forzheim — Sp. Vgg. Mühlbach 3:3, Judensfeld — Enzberg 2:1, Erlangen — Calbingen 5:1 (Pokalspiel).

Kreis Alt-Württemberg: Stuttgarter Sportfreunde — Vf. B. Ludwigsburg 3:0, Sportfreunde benötigt noch einen Punkt, um endgültig Kreismeister zu werden.

Kreis Südbaden: Der F.V. Offenburg schied sich durch einen 3:1-Sieg über Vf. Lahr die Kreismeisterschaft.

Freundschaftsspiele:

Stuttgarter Sportklub — Sp. Vgg. Trofingen 4:3, FC. Juffenhäusen — Ulmer FC. 9:4:6.

A-Klasse:

FC. Neuenbürg — FC. Waldrenn 4:1.

Feldbereinigung II Conweiler.

Nachdem das Besitzstandswerk für die Feldbereinigung in den Gemeinden: Hub, Hub unter dem Langenalber Weg, Hub ob dem Pflugweg, Breite Neckar, Buchelweg, Oben im Dorf, Oben im Dorf am Rain, Oben im Dorf auf der Hub, Oben im Dorf am Buchelweg, Oben im Dorf am Kirchweg, Oben im Dorf am Buchel, Kirchweg, Wildlesrain, Gruppenacker, Mofthlinge, Haselrain, Burgtal, Burgtal beim Stockbrunnen, Burgtal am hinteren Rain, Burgtal am Haselrain, Burgtal in Mittelwiesen, Hardt, Oberhalb des Lotengäßles, Mitten im Dorf, Unten im Dorf an der Kalkstatt, Unten im Dorf an der Mittelstraße, Mitten im Dorf an der Hauptstraße, Kalkstatt, Obere Kalkstatt, Untere Kalkstatt, Auf der Kalkstatt unten am Marktweg, Auf der Kalkstatt oberhalb des Marktwegs, Auf der Kalkstatt an der Straße nach Schwann und Herbeichen der Markung Conweiler und des Gewands „Kalkstatt“ der angrenzenden Markung Schwann fertiggestellt ist, wird die

Besitzstands- und Einschätzungsfahrt auf Mittwoch den 2. März 1932, vormittags 1/2 10 Uhr, im Rathaus in Conweiler

anderaumt. Hierbei können alle Interessenten (Teilnehmer, dinglich Berechtigte, Pächter, Anlieger und sonstige persönlich irgendwie Beteiligte) erscheinen und Einwendungen gegen die Besitzstandsaufnahme oder gegen die Einschätzung vorbringen. Derartige Einwendungen sind bei Ausschlußermeldung bei der Vollzugskommission oder beim Oberamt (bei letzterem nur schriftlich) bis zur Tagfahrt oder spätestens in letzterer selbst vorzubringen. Gegen die Versäumung rechtzeitigen Vorbringens findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt.

Die Mitglieder der Vollzugskommission sind auf Verlangen bereit, das von ihr bisher eingehaltene Verfahren bei der Tagfahrt mündlich zu erläutern.

Die Besitzstands- und Einschätzungsakten sind vom 17. Februar bis 1. März 1932 je einschließend auf dem Rathaus in Conweiler zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt.

Neuenbürg, den 5. Februar 1932.

Oberamt: Lempp.

Bürgersteuer.

Die zweite Bürgersteuerrate wird am 10. Februar 1932 zur Zahlung fällig.

Wer an diesem Tag Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung oder sonstige öffentliche Unterstützung bezieht, Wohlfahrtsdienstleistungen oder Sozialrentner ist, kann im Laufe dieser Woche auf dem Rathaus Zimmer Nr. 12 Steuerbefreiung für die 2. Rate unter Vorzeigen der Stempeltkarte beantragen.

Birkenfeld, den 6. Februar 1932.

Katshelber Wucherer.

Ihre Angebote sind erwünscht!

Sagen Sie es recht oft, was Sie anzubieten haben. Sagen Sie es eindringlich und überzeugend. Es gibt kein besseres Mittel, um täglich Tausenden neue Argumente, neue Kaufanregungen zu geben als die Anzeige im

„Enztäler“

mit Nebenausgaben „Birkenfelder Tagbl.“, „Calmbacher Tagblatt“ und „Herrenalber Tagblatt“.

Wer die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl befürwortet,

zeichne sich in die Listen ein, die in Neuenbürg in der Enztäler-Geschäftsstelle, in Birkenfeld im Wartsaal der Darlehenskasse, in Calmbach bei der Agentur Heinrich Dürr und in Herrenalber in der Apotheke Tränkle aufzulegen.

Hotel „Schwarzwaldbrand“, Birkenfeld.

Fastnacht-Dienstag Großer Kostüm-Ball Neckerkapelle „Apollonarius“. Eintritt frei.

Gemeinden, Fleischbeschauer und Tierärzte

beziehen ihren Bedarf an Formblättern für Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie Trichinenschau bei der Bezirksdruckerei

„Der Enztäler“, Neuenbürg

als Mitglied der Formulargenossenschaft württ. Buchdruckereien, e. G. m. B. H., Stuttgart.

